

Kommuniqué der Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Budapest¹

16. Mai 1979

Am 14. und 15. Mai 1979 fand in Budapest eine Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand statt.

[. . .]

Im Auftrag des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erörterte das Komitee der Minister unter Berücksichtigung der Entwicklung der Lage Maßnahmen zur Erfüllung der Aufgaben, die in der auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Moskau am 23. November 1978 angenommenen Deklaration enthalten sind, und führte dabei einen Meinungsaustausch zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Einstellung des Wettrüstens und der Abrüstung.

1.

Im Namen ihrer Staaten unterstrichen die Minister, daß die internationale Entwicklung voll und ganz die Aktualität der Schlußfolgerungen und die Bedeutung der Vorschläge der Deklaration vom 23. November 1978 bestätigte, die auf reale Fortschritte bei der Lösung der grundlegenden Probleme der Gegenwart und in erster Linie der Einstellung des Wettrüstens und der Abrüstung, der Beseitigung militärischer Konflikte und Spannungsherde, der Vertiefung des internationalen Entspannungsprozesses gerichtet sind.

Die Minister brachten die feste Entschlossenheit der auf der Tagung vertretenen Staaten zum Ausdruck, weiterhin die praktische Verwirklichung dieser Vorschläge anzustreben und dabei eng mit den anderen friedliebenden Ländern, demokratischen und progressiven Kräften zusammenzuwirken. Konstruktive Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten, die zielstrebige Suche und Erarbeitung allgemein annehmbarer Lösungen — das ist der Weg zu greifbaren Ergebnissen. Dieses Wirken zum Wohle des Friedens erfordert Beharrlichkeit, aktive praktische Schritte, die Überwindung jeglicher Schwierigkeiten; es duldet keinerlei Aufschub oder Verzögerungen.

2.

In diesem Zusammenhang erörterten die Teilnehmer der Tagung die dringlichsten

¹ Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien, 1955-1985* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1985), S. 211-16.

Aufgaben zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa. Sie unterstrichen, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen der Abschluß eines Vertrages zwischen allen Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, nicht als erste gegeneinander sowohl nukleare als auch konventionelle Waffen anzuwenden, ein großer Schritt in dieser Richtung wäre, der voll und ganz der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz entspricht. Der Abschluß eines solchen Vertrages wird das politische und juristische Fundament der Einhaltung des Prinzips der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt in Europa grundlegend stärken, seine Wirksamkeit erhöhen und so neue Garantien gegen die Entfesselung militärischer Konflikte auf dem europäischen Kontinent schaffen.

Nunmehr sind auch die Bedingungen zur Erweiterung der vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Staaten, für konkrete Schritte bei der militärischen Entspannung in Europa im Geiste der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz herangereift. In Ergänzung der Maßnahmen, die gegenwärtig entsprechend der Schlußakte verwirklicht werden, sind die auf der Tagung vertretenen Staaten bereit, die vorherige Ankündigung bedeutender militärischer Bewegungen in dem gleichen Gebiet, größerer Manöver der Luftstreitkräfte in diesem Gebiet und größerer Manöver der Seestreitkräfte in der Nähe der Territorialgewässer anderer Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz zu vereinbaren. Die auf der Tagung vertretenen Länder sind bereit, sich auch darüber zu verständigen, die militärpolitischen Gruppierungen in Europa nicht zu erweitern, die Ausmaße militärischer Manöver zu begrenzen und die vertrauensbildenden Maßnahmen auf den Mittelmeerraum auszudehnen. Sie sind bereit, auch andere Vorschläge auf das sorgfältigste zu prüfen, die auf die Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten und auf die militärische Entspannung gerichtet sind.

Es steht die Aufgabe, bereits in allernächster Zeit mit der Erörterung und Vereinbarung von praktischen Maßnahmen dieser Art zu beginnen. Das würde zur Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten in Europa, zur Verminderung der militärischen Konfrontation, zum nachfolgenden Abbau der Konzentration und zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen auf dem Kontinent beitragen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten schlagen vor, dazu auf politischer Ebene eine Konferenz unter Teilnahme aller europäischen Staaten, der USA und Kanadas einzuberufen. Sie halten es für zweckmäßig, daß eine solche Konferenz bereits 1979 stattfindet. Ort und Zeitpunkt ihrer Durchführung können durch Konsultationen zwischen allen interessierten Staaten abgestimmt werden, wozu die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unverzüglich bereit sind.

3.

Im Namen ihrer Staaten bezeichneten es die Minister als unbefriedigend, daß in den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa kein realer Fortschritt zu verzeichnen ist. Sie hoben hervor, daß die sozialistischen Länder in ihren Vorschlägen vom 8. Juni 1978, unter weitgehender Berücksichtigung der Überlegungen der anderen Teilnehmer, realistische Antworten auf die Schlüsselfragen der Verhandlungen gegeben und damit zu einer bedeutenden

Annäherung der Positionen, beigetragen haben. Seit fast einem Jahr jedoch steht eine sachliche Antwort der NATO-Staaten auf diese konstruktiven Vorschläge aus. Die Minister betonten, daß auch die westlichen Teilnehmer guten Willen zeigen müssen, um in den Wiener Verhandlungen erfolgreich und schnell voranzukommen.

4.

Ferner erklärten die Minister, daß die in jüngster Zeit vom NATO-Block unternommenen neuen Schritte zur Forcierung des Wettrüstens in direktem Widerspruch zu den Interessen der Entspannung und ihrer Vertiefung stehen. Besonders gefährlich in dieser Hinsicht sind die Pläne, auf dem Territorium einiger westeuropäischer Länder nukleare Mittelstreckenraketen zu stationieren, die gegen Objekte auf dem Territorium der europäischen sozialistischen Staaten gerichtet sind, sowie die Belegung der Pläne zur Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind überzeugt, daß die Festigung der Sicherheit aller Staaten in Europa nicht in der weiteren Verstärkung des Wettrüstens, sondern in der Begrenzung der Raketenkernwaffen und der konventionellen Rüstungen auf der Grundlage völliger Gegenseitigkeit zu suchen ist. Sie vertreten die Ansicht, daß gegenwärtig dazu die erforderlichen Bedingungen bestehen, und sie sind bereit, wie sie in der Moskauer Deklaration vom 23. November 1978 erklärten, gemeinsam mit anderen Staaten Anstrengungen in dieser Richtung zu unternehmen. Jedoch muß klar sein, daß positive Ergebnisse ein konstruktives Herangehen aller erfordern. Deshalb rufen die auf der Tagung vertretenen Staaten die Mitgliedsländer der NATO auf, im Interesse der Sicherheit der europäischen Länder die Lage in Europa nicht zu verschlechtern und die militärischen Spannungen nicht, anzuheizen, auf Maßnahmen zur Verstärkung des Wettrüstens zu verzichten und entschlossen den Weg der militärischen Entspannung und der Abrüstung zu beschreiten.

5.

Die Minister bekräftigten den Standpunkt ihrer Staaten, daß das 1980 in Madrid bevorstehende Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa berufen ist, zur Festigung und Vertiefung der Entspannung, zur Stärkung der Sicherheit und zur Erweiterung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit beizutragen. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind bereit, ihren konstruktiven Beitrag zu seiner erfolgreichen Durchführung zu leisten.

In diesem Zusammenhang unterstrichen sie, daß es für den Erfolg des Madrider Treffens von größter Bedeutung ist, wenn es in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre stattfindet, die vor allem durch das Interesse aller seiner Teilnehmer an praktischen Ergebnissen gekennzeichnet sein muß. In Übereinstimmung hiermit sprechen sich die auf der Tagung vertretenen Staaten dafür aus, die Arbeit des Madrider Treffens darauf zu konzentrieren, konkrete positive Schritte zur Verwirklichung der Prinzipien und Vereinbarungen der Schlußakte als einheitliches Ganzes, einschließlich entschiedener

Maßnahmen zur militärischen Entspannung sowie zur Entwicklung und Erweiterung einer gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit festzulegen.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten halten es für notwendig, eine gründliche und sorgfältige Vorbereitung des Madrider Treffens zu gewährleisten. Sie sind bereit, zu diesem Zweck mit allen Staaten, die die Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz unterzeichnet haben, Kontakte zu unterhalten und zwei- und mehrseitige Konsultationen durchzuführen. Gegenstand dieser Konsultationen kann auch, ausgehend von der Bedeutung für die Sache der Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Frage der Ebene der Vertretung der Staaten auf dem Treffen sein.

Von großer Bedeutung für den Erfolg des Madrider Treffens wären eine konstruktive Vorbereitung und eine produktive Arbeit der vorgeschlagenen gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung.

6.

Die Minister brachten die prinzipielle Position ihrer Staaten zum Ausdruck, daß es notwendig ist, das Wettrüsten einzustellen und entschlossen zu realen Maßnahmen der Abrüstung, besonders der nuklearen, überzugehen. Sie sprachen sich, dabei, einmütig dafür aus, die Anstrengungen zu vervielfachen, um schnellstmöglich praktische Vereinbarungen zu treffen über:

- den Abschluß und das Inkrafttreten des neuen sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen und den Übergang zum nächsten Stadium der Verhandlungen über ihre Reduzierung;
- Termine und Verfahren für die Durchführung von Verhandlungen über die Einstellung der Produktion aller Arten von Kernwaffen und über die allmähliche Reduzierung ihrer Vorräte bis hin zu ihrer vollständigen Liquidierung;
- das Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten und gleichzeitig über den Verzicht aller Staaten auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen;
- den Abschluß eines Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche;
- Maßnahmen zur Verstärkung der Sicherheitsgarantien der nichtkernwaffenbesitzenden Staaten, einschließlich des Verzichts auf den Einsatz von Kernwaffen gegen Staaten, die keine Kernwaffen besitzen und auf deren Territorium solche auch nicht stationiert sind, und über die Verpflichtung, auf die Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium der Staaten zu verzichten, in denen es gegenwärtig keine gibt.

Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen erneut, daß ihre Länder entschieden für die Reduzierung der Militärausgaben der Staaten eintreten, die über ein besonders großes militärisches und ökonomisches Potential verfügen. Sie rufen, dazu auf, unverzüglich Verhandlungen zu beginnen über den konkreten Umfang dieser Reduzierungen, als ersten Schritt für die nächsten drei Jahre oder einen anderen Zeitraum, der als Anfang für alle annehmbar ist. Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind gegen die Verstärkung von Truppen, und Rüstungen auf den Territorien anderer Staaten. Sie treten für den Abschluß von Abkommen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen sowie, dafür ein, im internationalen Rahmen neue Anstrengungen zur Beseitigung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien und zum Abzug der ausländischen Truppen vom Territorium anderer Staaten, zur Schaffung von kernwaffenfreien und Friedenszonen in verschiedenen Regionen, darunter in Europa, zu unternehmen.

Sie erinnern an ihre Bereitschaft zur gleichzeitigen Auflösung der Organisationen des Warschauer Vertrages und des NATO-Paktes sowie zur Abschaffung ihrer Militärorganisationen als ersten Schritt, wobei mit einer beiderseitigen Reduzierung der militärischen Aktivitäten begonnen wird.

7.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten stellten fest, daß in jüngster Zeit erneut Versuche unternommen werden, den internationalen Entspannungsprozeß zu untergraben, neue militärische Gefahrenherde zu schaffen, feindselige Kampagnen gegen die sozialistischen Länder zu entfalten und Zwietracht zwischen den Völkern zu schüren. Überaus gefährlich ist auch das Wiederaufleben der Aktivitäten neofaschistischer und neonazistischer Organisationen und Strömungen in einigen Ländern.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind davon überzeugt, daß all diese Versuche zum Scheitern verurteilt sind, wenn die friedliebenden Staaten und Völker die erforderliche Wachsamkeit, an den Tag legen, ihnen eine gebührende Abfuhr erteilen und wenn sie ihre Aktionen in jeder Weise verstärken, um im Kampf für die Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt weiter voranzukommen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages rufen alle Staaten auf, ihre gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage der strikten Einhaltung der auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa angenommenen Prinzipien — souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte; Enthaltung der Androhung oder Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit der Grenzen; territoriale Integrität der Staaten; friedliche Regelung von Streitfällen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten; Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker; Zusammenarbeit zwischen den Staaten; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben — zu gestalten.

Die auf der Tagung vertretenen sozialistischen Staaten werden wie bisher konsequent und unablässig im Interesse des Friedens, der Entspannung und der internationalen Zusammenarbeit wirken.

Die Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages verlief in einer Atmosphäre brüderlicher Freundschaft und gegenseitigen Einvernehmens.

[Source: Official publication of the German Democratic Republic]